

# Milliarden vom Staat

## In dieser Ausgabe



Samuel Schumacher

Äthiopien ist das einzige afrikanische Land, das nie kolonialisiert war. Mindestens bis jetzt. Manche Bewohner der bitterarmen Nation am Horn von Afrika fürchten neuerdings aber um die Seele ihrer Heimat. China hat in den vergangenen Jahren sehr viel Geld und Energie in die Entwicklung des einstigen afrikanischen Kaiserreiches investiert und will nun die Früchte seiner Arbeit ernten. Äthiopien könnte davon profitieren. Unser Reporter **Samuel Schumacher** hat auf seiner Recherche vor Ort aber auch Stimmen gefunden, die auf eine schnellstmögliche Abkehr vom chinesischen Kurs pochen. Gut möglich, dass es dafür bereits zu spät ist. Die Reportage auf Seite 9.

Aarau gilt nicht unbedingt als Kulturhochburg der Schweiz – aber die Stadt verfügt über ein Kunsthaus, das die bedeutendste Sammlung von Schweizer Kunst des 18., 19. und 20. Jahrhunderts besitzt. Seit zehn Jahren ist **Madeleine Schuppli** Direktorin des Hauses, das in dieser Zeit an nationaler und internationaler Ausstrahlung gewonnen hat. Für sie ist «populär» kein Schimpfwort: Mit «Blumen für die Kunst» landete Schuppli einen rekordverdächtigen Publikumserfolg, und die aktuelle Ausstellung «Swiss Pop Art» dürfte erneut ein Renner werden. Die Redaktoren **Sabine Altorfer** und **Patrik Müller** trafen Schuppli diese Woche zum Interview – an einem frühen Morgen, und so hatten sie das Privileg, die Pop-Art-Werke aus den 60er- und 70er-Jahren im noch menschenleeren Kunsthaus zu besichtigen.

An diesem jähren Abgrund in der Landschaft bekamen Besuche früher regelmässig weiche Knie: die Kante bei Maloja hinunter ins Bergell. Früher zusammengesetzt aus mehreren Dörfern, ist das Tal heute eine einzige Gemeinde. Und heute noch eine weitgehend unbekannte Welt zum Entdecken. Hier müssen die Jungen zehn Jahre früher weg von allem als in der übrigen Schweiz. Hier wurden Hexen fanatischer verfolgt und verbrannt als anderswo. Trotzdem – oder gerade darum? – haben heute Frauen das Sagen. Unser Autor **Max Dohner** näherte sich Stufe um Stufe dem Tal, wo auf jeder Stufe die Luft anders wird, das Licht, die Sprache. Wer sich hier Zeit nimmt, wird die Eindrücke nicht mehr vergessen.

## Aktuell informiert am Sonntag

### Digitale Ausgabe

Laden Sie am Sonntagmorgen die digitale Ausgabe der «Schweiz am Wochenende» auf Ihr Tablet oder Ihr Smartphone – und Sie erfahren in einem aktuellen Sonntags-Bund, was am Samstag im Inland, Ausland und im Sport passiert ist. Für Abonnenten der Print-Ausgabe kostenlos.

### Newsletter

Abonnieren Sie gratis unseren Newsletter, der am Sonntagmorgen verschickt wird – mit ausgewählten Artikeln aus der «Schweiz am Wochenende» und News vom Samstag. Auf [www.schweizamwochenende.ch](http://www.schweizamwochenende.ch) können Sie sich für den Newsletter anmelden.



# Subventionsland Schweiz

Wer vertraut noch auf den freien Markt? Nach der Landwirtschaft wird der Energiesektor von

VON BEAT SCHMID  
UND NIKLAUS VONTOBEL

Die Schweizer haben eine Schwäche für Subventionen. Erst letzten Sonntag stimmte das Stimmvolk mit grosser Mehrheit für neue Bezuschussungen. Das neue Energiegesetz sieht vor, dass Strom von derzeit unwirtschaftlichen Energieproduktionsformen mit Millionen gefördert wird. Wind etwa sowie Solar und Biomasse.

Private wie Unternehmen können wählen: Entweder wird einmalig der Bau der Anlage bezuschusst. Oder sie können den produzierten Strom zu einem garantierten Abnahmepreis ins Netz einspeisen. Sie erhalten den abgemachten Preis – egal wie tief der Marktpreis für Strom in den nächsten Jahren international noch fallen wird.

Diese sogenannte kostendeckende Einspeisevergütung, kurz KEV genannt, ist eine klassische Subvention. Durch den beschlossenen Netzaufschlag von 1,5 auf 2,3 Rappen pro Kilowattstunde stehen zusätzlich 480 Millionen Franken für Fördermassnahmen zur Verfügung. Doch die KEV ist bei weitem nicht der grösste Subventionsposten in der Schweiz.

Im Jahr 2016 stiegen die vom Bund insgesamt ausgeschütteten Subventionen auf 38,8 Milliarden Franken. Sie machen damit 59 Prozent des gesamten Bundesbudgets aus. Wie die Grafik oben zeigt, stiegen die Subventionen seit 2008 um rund 9 Milliarden Franken oder rund 28 Prozent an.

Christoph Schaltegger, Professor an der Uni Luzern, ist ein Kritiker der Subventionswirtschaft. Für ihn sind gerade strukturenhaltende Subventionen wie Marktstützen oder Mengenabnahme-

garantien «hochproblematisch». Laut Schaltegger «verzerrt sie den Markt und verleiten zu einem verschwenderischen Mittelumgang». Subventionen, die der Strukturhaltung dienen, würden jene Wirtschaftsbereiche belasten, die produktiv sind.

### Ein zweiter Subventionsmolo

Für Bernd Schips, ehemals Leiter der KOF-Konjunkturforschungsstelle, ist die Landwirtschaft ein Paradebeispiel. «Es ist ein Fehler, dass die Produktion direkt oder indirekt subventioniert wird.» Man solle nur die so genannten gemeinwirtschaftlichen Leistungen abgelten, die Landwirte für die Allgemeinheit erbrächten. Nun sei die Stromerzeugung dabei, den Weg der Landwirtschaft zu gehen. «Sie könnte zu einem zweiten Subventionsmolo werden.»

Mit Sorge beobachtet Schaltegger die Ausweitung der Bundessubventionen, die im Vergleich zu anderen Staaten ein sehr hohes Niveau erreicht haben. «Immer höhere Subventionen sind ein Problem für eine Volkswirtschaft, weil sie ihr Wachstumspotenzial nicht ausschöpfen kann», sagt der Professor für politische Ökonomie.

Die Energiewende mittels Subventionen herbeizuführen, erachtet er als Unsinn. «Die Energiewende basiert auf dem Glauben, die Zukunft planen zu können. Man glaubt zu wissen, wie wir Strom in 50 Jahren produzieren und konsumieren werden.»

Doch laut Schaltegger sind Zukunft und Innovationen nicht planbar. «Vor 30 Jahren wäre niemand auf die Idee gekommen, das Internet zu subventionieren. Trotzdem hat es sich durchgesetzt.» Ein Problem von Sub-

### Subventionen – ein beliebtes Mittel

Was unter Subventionen genau zu verstehen ist, das ist im Subventionsgesetz geregelt. Demnach gibt es zwei Sorten von Subvention, Finanzhilfe und Abgeltung. Mit Finanzhilfen will der Bund bestimmte Tätigkeiten fördern. Sie sind zwar für die Öffentlichkeit von Bedeutung, kommen aber ohne Finanzhilfen nicht zustande. Mit Abgeltungen hingegen werden Dritte entschädigt, die anstelle des Bundes gewisse Aufgaben übernehmen. 2016 gab der Bund für Subventionen rund 39 Milliarden Franken aus, 59 Prozent seiner gesamten Ausgaben. 46 Prozent davon entfielen auf die soziale Wohlfahrt; 17 Prozent auf Bildung und Forschung; 16 Prozent auf den Verkehr; 9 Prozent auf Landwirtschaft und Ernährung, und 8 Prozent wurden ausgegeben für die Beziehungen zum Ausland.

ventionen ist, dass sie sich meist nicht mehr aus der Welt schaffen lassen.

Wie das bei der Energiewende sein wird, wird man sehen. Der Bundesrat verspricht, die Erhöhung des Netzzuschlags zeitlich zu begrenzen. Schaltegger dazu: «Ob der Bundesrat Wort hält, wird man sehen. Provisorien werden meist zu Providurien.» Zu dauerhaften Einrichtungen.

Wie schwierig es ist, vom süßen Gift der Subventionen wegzukommen, zeigte sich letzte Woche wieder. Jedes Jahr schüttete der Bund fast 100 Millionen Franken aus, um den Export von Schokolade zu subventionieren. Diese Subvention, in Bern als Schoggigesetz verankert, muss bis 2020 abgeschafft sein, weil sie nicht mehr den Regeln der Welthandelsorganisation entspricht.

Doch der Bundesrat sucht nach neuen Wegen, die alte Subvention durch eine neue zu ersetzen. Nachzulesen in der Botschaft, die er letzte Woche ans Parlament verabschiedete. Neu soll das Geld nicht mehr direkt zu den Schoggi-Produzenten fließen, sondern den Milch und Getreide-Bauern zukommen, die die Gelder wiederum den Produzenten weiterleiten.

Wenn Export-Subventionen in einen privaten Fonds abwandern, verschwinden sie aus der Statistik des Bundes. Dasselbe gilt für die KEV. Sie ist zwar eine klassische Subvention, doch in der Statistik des Bundes erscheint sie nicht, da sie nicht direkt über den Haushalt des Bundes finanziert wird, sondern über die Stromrechnung der Verbraucher. Verwaltet werden die KEV-Millionen über eine Stiftung. So verschwinden Subventionen in irgendwelchen Fonds. Dennoch stossen Subventionen in der Be-



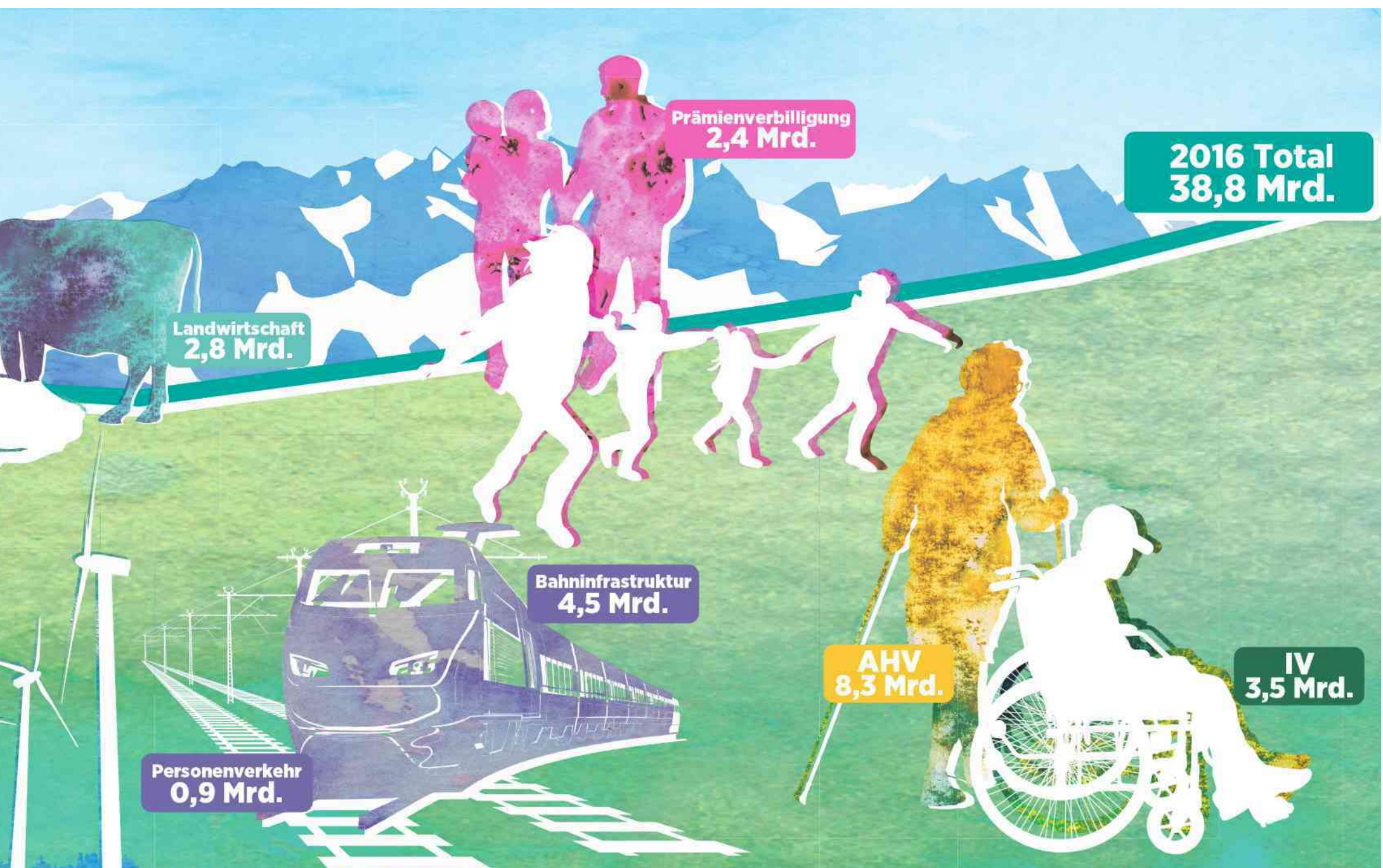


Illustration: Marco Tancredi

## Wie Jens Alder für staatliche Sofortmassnahmen lobbyiert

Bundesbern gesteuert.

Der Verwaltungsratspräsident der Alpiq ist spezialisiert auf Unternehmen mit staatlicher Anbindung.

völkerung auf überraschend grosse Zustimmung, wie die Professorin Isabelle Stadelmann von der Universität Bern festgestellt hat.

«Wir haben die Leute gefragt, welche energiepolitischen Instrumente der Kanton zur Förderung der erneuerbaren Energien verwenden soll. Subventionen erhielten die höchste Zustimmungsraten.» Verbote hätten schlechter abgeschnitten, ebenso Informationskampagnen und Steuererleichterungen für den Bau entsprechender Anlagen - was eine indirekte Subvention wäre.

### Mit den Stiefeln aufs Feld

Stadelmann erklärt die Zustimmung so: «Die Menschen sind mit Subventionen sehr vertraut. Sie kennen das Instrument aus dem Alltag, das hilft, Ängste abzubauen.» Allerdings reicht die Zustimmung nicht allzu weit. «Als etwas Abstraktes verstanden, sind Subventionen beliebt. Aber sobald es konkret wird, sobald es ums Geld geht, ist diese Zustimmung dahin.» Das habe sich auch in der Abstimmung zur Energiewende gezeigt. «Die Menschen sind bereit, erneuerbare Energien zu unterstützen. Es darf bloss nicht viel kosten.» Das Stimmmag es widersprüchlich.

Immerhin wacht die Eidgenössische Finanzkontrolle über die Subventionen. «Wir prüfen bei den Empfängern, ob sie das Geld zweckgemäss ausgeben und wirtschaftlich arbeiten», sagt Direktor Michel Huissoud. Man könne natürlich nicht alles kontrollieren. «Aber wir prüfen die wichtigsten Subventionen. Wir gehen aufs Feld - in der Schweiz und im Ausland - wir ziehen dafür sogar manchmal die Stiefel an.»

VON OTHMAR VON MATT

An jener Konferenz vom 7. September 2016 gewährte Jens Alder, Verwaltungsratspräsident der Alpiq, einen ungewöhnlich klaren Blick auf den Spagat eines Unternehmens zwischen Staatsleistungen und Wettbewerb.

Habe ein Unternehmen das Privileg, eine Grundversorgung für den Staat erbringen zu dürfen, «kann man das als Unternehmen natürlich ausnutzen», sagte Alder im Rahmen der Service-public-Konferenz des Verbands Schweizer Medien. «Man kann zusätzliche Leistungen erbringen, die in der öffentlichen Debatte nicht mehr zur Grundversorgung gehören, sondern Bestandteil des Service public sind.» Als Unternehmen tue man gut daran, «das nicht so genau zu unterscheiden». Die Zusatzleistungen ermöglichten «etwas höhere Preise». Die SRG mache das «hervorragend». Auch «als ich noch bei einem Unternehmen mit Sitz in Bern war, machten wir das gut», sagte Alder. Er spielte auf seine Zeit bei der Swisscom an. «Dann ist man das nationale Unternehmen, und die Konkurrenten sollen schauen, wie sie mit dem umgehen.»

Alder ist Spezialist dafür, ein Unternehmen zwischen staatlichen Leistungen und marktwirtschaftlichem Wettbewerb zu positionieren. Das tat er 1999 bis 2006 als Swisscom-CEO und von 2010 bis 2015 als VR-Präsident der Industriellen Werke Basel (IWB). In seiner Amtszeit wurden die IWB aus der Kantonsverwaltung gelöst und in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt.

Alder hat beste Kontakte nach Bern. Ende 2010 stand er auf der Wunschliste der damaligen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf - als neuer Direktor des Bundesamtes für Informatik und Telekommunikation (BIT). Zuvor hatte ihn Bundesrat Ueli Maurer zum Leiter des Steuerungsausschusses der Task-Force Informatik VBS gemacht. Will Alder die Alpiq nun ebenfalls zu einem Konzern umpositionieren, der im Spannungsfeld operiert zwischen staatlichen Leistungen und marktwirtschaftlichem Wettbewerb? «Alpiq ist ein börsenkotiertes Unternehmen, das keinen staatlichen Leistungsauftrag hat», sagt Alder gegenüber der «Schweiz am Wochenende». «Das ist gut so und soll auch so bleiben.» Er betont, der Schweizer Energiesektor sei zweigeteilt. «Es gibt einerseits Netzbetreiber, mit staatlich garantierten Monopolgewinnen auf Netz- und Energiegebühren, sowie staatlich subventionierte Energieerzeuger, wie Wind, Solar, Biomasse und Kleinkraftwerke.» Andererseits gebe es Stromproduzenten wie Alpiq, die versuchen müssten, mit einem Strom-Grosshandelspreis unter den Gestehungskosten zu überleben.

«Alpiq befürwortet eine vollständige Liberalisierung des Endkundenmarktes und eine neue Regulierung für alle, um die Stromversorgungssicherheit zu garantieren», sagt er. «So lange das nicht der Fall ist, bleibt das Regulierungschaos bestehen.» Alle Profiteure von staatlich garantierten Monopolgewinnen und Empfänger von kostendeckenden Einspeisevergütungen seien gegen die Liberalisierung. «Alpiq ist klar für



«Kein staatlicher Leistungsauftrag.»

JENS ALDER ALPIQ

eine Liberalisierung des Endkundenmarktes.» Nach Alders Einstieg bei Alpiq war ein Strategiepapier der Beratungsfirma «Hirzel Neef Schmid Konsultanten» publik geworden. Es zeigte auf, wie die öffentliche Meinung so gesteuert werden kann, dass sie eine Verstaatlichung von Atomkraftwerken plötzlich als sinnvoll erachtet. Im Herbst wurde bekannt, dass Alder die AKW Gösigen und Leibstadt dem Bund für einen symbolischen Franken verschenken wollte. Drahtzieher in der Umweltkommission des Parlaments: Jens Alder. Die Alpiq befand sich auch unter den sechs Stromkonzernen, die vor gut einem Monat forderten, private Stromkonsumenten und KMU sollten neu auf jede verbrauchte Kilowattstunde eine «Grundversorgungsprämie» zahlen. Mit diesem Ertrag wollen die Konzerne die Defizite ihrer Wasserkraftwerke decken.

Alder sieht die Versorgungssicherheit gefährdet. Eine sichere, unterbrechungslose Stromversorgung sei für die Schweizer Volkswirtschaft von elementarer Bedeutung, betont er. «Wenn Wasser- und Kernkraftwerke, die in der Schweiz über 90 Prozent der Stromversorgung sicherstellen, andauernd Verluste machen, ist die Stromversorgungssicherheit gefährdet.» Es brauche im Interesse der Schweiz Sofortmassnahmen, um die Stromversorgung sicherzustellen. Gleichzeitig spricht er sich für eine eidgenössische Institution für Versorgungssicherheit aus. «Es gibt in der Schweiz keine Institution, die Gewähr dafür bietet», sagt er, «dass die langfristige Stromversorgung sichergestellt ist.»